NINA WARKEN

CDU

Newsletter

Nr. 23/2024

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

mit dem Beginn der parlamentarischen Sommerpause kehrt in den Fluren des Bundestages für einige Wochen Ruhe ein. Doch während sich die Abgeordneten in ihre Wahlkreise verabschieden, bleibt die politische Landschaft keineswegs still.

Die letzten Wochen und Monate waren geprägt von intensiven Debatten und weitreichenden Entscheidungen. Themen wie der Bundeshaushalt 2025, die innere Sicherheit und die wirtschaftliche Lage haben die politische Agenda dominiert. Die Diskussionen darüber werden sicherlich auch über den Sommer nicht abreißen und unser Handeln erfordern.

Auch in diesem Jahr werde ich die parlamentarische Pause wieder für meine Sommertour durch Odenwald-Tauber nutzen. Es stehen viele spannende Termine auf dem Programm. Ganz besonders freue ich mich, mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises, ins Gespräch zu kommen. Denn der direkte Austausch mit Ihnen ist essenziell, um Ihre Anliegen und Sorgen in meine politische Arbeit einfließen zu lassen. In einer Zeit, in der das Vertrauen in die Politik oft auf dem Prüfstand steht, hoffe ich, so Brücken zu bauen und Verständnis zu schaffen.

Vielleicht sollte sich die Bundesregierung daran einmal ein Beispiel nehmen und die Gelegenheit nutzen, Bilanz zu ziehen und ihre Prioritäten zu überdenken. Die Herausforderungen der letzten Jahre waren ohne Frage groß. Doch die Ampel schafft es nicht, die Probleme anzugehen. Stattdessen stiftet sie immer wieder gesellschaftlichen Unfrieden und regiert an den Menschen vorbei. Der jüngste Vorschlag für einen Steuerrabatt für Ausländer birgt da nur weiteren gesellschaftlichen Zündstoff.

Ich würde mich freuen, den ein oder anderen bei meiner Sommertour zu treffen. Bis dahin wünsche ich schöne Sommertage und viel Spaß beim Lesen!

Ihre
Nina Warken

Bundeshaushalt 2025

Nach wochenlangen Verzögerungen haben Bundeskanzler Scholz, Vizekanzler Habeck und Bundesfinanzminister Lindner eine allgemeine politische Erklärung zum Bundeshaushalt 2025 vorgestellt. Diese beinhaltet auch die Ankündigung eines Nachtragshaushalts für das Jahr 2024 mit einem Volumen von rund 11 Mrd. Euro. Damit steigt die Nettokreditaufnahme für 2024 auf insgesamt 50,5 Mrd. Euro (bisher 39,03 Mrd. Euro) und das Haushaltsvolumen von bisher 476,8 Mrd. Euro auf 489 Mrd. Euro. Für den Bundeshaushalt 2025 ist dann ein Haushaltsvolumen von 481 Mrd. Euro und eine Nettokreditaufnahme von 44 Mrd. Euro vorgesehen.

Somit ist von einem Sparhaushalt, wie auch Bundesfinanzminister Lindner in der Pressekonferenz betont hat, keine Rede mehr. Im Gegenteil: Die Koalition nimmt weiterhin massiv neue Schulden auf. Ohne Schuldenbremse wäre die Ampel vermutlich noch viel hemmungsloser gewesen – zu Lasten nachfolgender Generationen. Hinzu kommt eine nicht gesicherte Finanzierung, die größtenteils auf dem „Prinzip Hoffnung“ basiert. So sieht keine solide und tragfähige Finanz- und Haushaltspolitik aus!

An vielen weiteren Stellen gibt es, wenn überhaupt, halbherzige Lösungen – etwa bei der Migration, der Bundeswehr oder dem Bürgergeld. Zusätzliche Spielräume für Investitionen kann es nur geben, wenn auch endlich einmal gespart wird. Diese Spielräume sinken allerdings angesichts der Neuverschuldung des laufenden Jahres, die zum großen Teil auf die stark steigenden Kosten für das sogenannte „Bürgergeld“ zurückgeht, rapide. Eine Priorisierung auf der Ausgabenseite sucht man weiterhin vergeblich.

Die vorgestellte Einigung mag den Fortbestand der Ampel kurzfristig sichern, ein großer Wurf für Deutschland ist sie sicher nicht. Bereits kurz nach den nächtlichen Verhandlungen im Bundeskabinett wird der Haushaltentwurf aus den eigenen Reihen auch schon wieder angefochten. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Koalitionsparteien tatsächlich auf einen Haushalt einigen werden. Als konstruktive Opposition werden wir im Haushaltsverfahren unsere Prioritäten deutlich machen, allen voran auf Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland sowie zur Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit.

Bildquelle: Tobias Koch

Wahlkreis

15 Jahre Mädchenfußball beim TSV Tauberbischofsheim

Bildquelle: Büro Warken

Fußball verbindet und überwindet Grenzen – das zeigt gerade nicht nur die Heim-EM, sondern wird auch tagtäglich in den vielen Vereinen vor Ort gelebt. Mit großer Freude und mit Stolz haben wir 15 Jahre Frauenfußball beim TSV Tauberbischofsheim gefeiert. Was 2009 mit einer großen Werbeveranstaltung für den Mädchenfußball, dem „AOK Treff Fußball Girls“ begann, hat sich mittlerweile zu einer festen Größe in der Vereinslandschaft und der Region entwickelt.

Zum 15-jährigen Jubiläum wünsche ich den Spielerinnen weiterhin viel Erfolg, Gesundheit und Freude am Fußball. Ein herzlicher Dank gilt auch den Trainerinnen und Trainern sowie den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die mit ihrer Tatkraft den Spielbetrieb und das Vereinsleben möglich machen. Nirgendwo sonst sind so viele Menschen ehrenamtlich engagiert wie bei uns in Baden-Württemberg. Darauf können wir zu Recht stolz sein!

1250-Jahr-Feier in Altheim

Bildquelle: Daniela Käflein

Altheim wurde erstmals im Jahr 774 urkundlich erwähnt und zählt damit zu den ältesten Siedlungen im Bauland. Eindrucksvoll wurde dieses Jubiläum mit einem zweitägigen Festwochenende gefeiert, bei dem sich Altheim in all seinen Facetten präsentieren konnte. Auf einem Rundweg mit zahlreichen Stationen gab es viel zu erleben. Mit der traditionellen Grünkernernte, Waschen wie früher, Sauermilchessen und Hammeltanz sowie einer historischen Modenschau wurde für Jung und Alt allerlei geboten. So kann Geschichte gelebt und erlebt werden. Altheim kann stolz auf das sein, was an diesem Wochenende auf die Beine gestellt worden ist.

100-jähriges Jubiläum der Baumann GmbH

Bildquelle: Sabine Holroyd

Vor 100 Jahren legte Franz Baumann mit der Gründung eines Tünchergeschäfts den Grundstein für das Tauberbischofsheimer Traditionsunternehmen. Seitdem hat sich viel verändert. Technologische Fortschritte, wirtschaftliche Höhen und Tiefen sowie gesellschaftliche Umbrüche – all dies wurde miterlebt und gemeistert. Doch eines ist dabei immer gleichgeblieben: das Engagement für höchste Qualität und die Zufriedenheit der Kunden. Heute besteht das Unternehmen bereits in der vierten Generation. Neben dem Verputz- und Malerbetrieb sind mittlerweile zusätzliche Sparten wie Industriebodenbeschichtung, Betoninstandsetzung, Trocken- und Gerüstbau sowie der Hebebühnenverleih hinzugekommen. Herzlichen Glückwunsch zum 100-jährigen Jubiläum! Auf weitere erfolgreiche Jahre, Gottes Segen und eine blühende Zukunft für die Firma Baumann!

Grundgesetz und Rechtsstaat statt Scharia und Kalifat

Bildquelle: CDU Baden-Württemberg

Baden-Württemberg bietet Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, Kultur und Lebenseinstellung eine Heimat. Wir sind ein Land der Toleranz und eine Gesellschaft, die zusammenhalten will. Wir wollen miteinander und nicht nur nebeneinander leben. Doch dieser Gesellschaftsentwurf wird angegriffen. Auch und gerade durch aus dem Ausland stammende muslimische Extremisten. Sie greifen unsere freie Art zu leben an, verbal ebenso wie körperlich, in der digitalen Welt ebenso wie auf unseren Straßen. Ihr Hass und ihre Gewalt treffen Menschen aller Glaubensrichtungen, Hautfarben und Altersklassen. Sie bedrohen nicht Einzelne, sondern uns alle, unsere ganze Gesellschaft.

Als staatstragende Volkspartei der Mitte wollen wir diese Angriffe nicht ohnmächtig hinnehmen, sondern dieser Bedrohung politische Tatkraft und politisches Handeln entgegensetzen. Die CDU Baden-Württemberg will mit einem „Aktionsplan gegen Islamismus" zeigen, dass unser demokratischer Rechtsstaat handlungsfähig ist. Wir wollen einen Staat, der seine Menschen schützt und dem Islamismus in all seinen Formen die Stirn bietet.

Zum Beschluss „Grundgesetz und Rechtsstaat statt Scharia und Kalifat!“

Berlin

Ein Stück Odenwald-Tauber in Berlin

Bildquelle: Büro Warken

Die erste Woche der Sommerpause hat mich noch einmal nach Berlin geführt – und das zu einem sehr schönen Anlass: Gleich vier Besuchergruppen aus meinem Wahlkreis haben mich im Deutschen Bundestag besucht. Neben einer politischen Informationsfahrt mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Neckar-Odenwald-Kreis konnte ich auch Schülerinnen und Schüler des Burghardt-Gymnasiums Buchen, des Auguste-Pattberg-Gymnasiums Mosbach sowie der Realschule Osterburken treffen.

Mit im Gepäck hatte eine der Besuchergruppen etwas ganz Besonderes: Erde aus Odenwald-Tauber. Das klingt vielleicht erstmal ungewöhnlich, hatte jedoch folgenden Hintergrund: Seit 2000 sind alle Bundestagsabgeordneten dazu eingeladen, aus ihrem Wahlkreis einen Zentner Erde nach Berlin zu bringen und um die Widmung DER BEVÖLKERUNG auszustreuen. Dieses Kunst-am-Bau-Projekt von Hans Haacke befindet sich in einem der Lichthöfe des Reichstagsgebäudes. In dem frei wuchernden Biotop wird also bald auch ein bisschen Odenwald-Tauber sprießen.

Gewalttäter aus Parallelgesellschaften: Ursachen und Konsequenzen der Tat von Bad Oeynhausen ehrlich benennen

Bildquelle: Büro Warken

Am vergangenen Mittwoch fand auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion eine Aktuelle Stunde zur angespannten Sicherheitslage statt. Anlass war der Mord an dem 20-jährigen Philippos T. im Kurpark von Bad Oeynhausen durch einen 18-jährigen Syrer, der ganz Deutschland erschüttert und bewegt hat. Die grausame und in unseren Augen völlig sinnlose Tat fügt sich ein in eine Reihe weiterer schwerer Gewaltverbrechen in den letzten Wochen und Monaten, oftmals begangen durch junge ausländische Täter. Meist mit enthemmter Gewalt.

In meiner Rede habe ich deutlich gemacht: Die Menschen fühlen sich in unserem Land nicht mehr sicher und das ist kein rein subjektives Gefühl, sondern mit Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik untermauerte Realität. Die Gewalttaten haben den höchsten Stand seit 15 Jahren erreicht. Und bei 41 Prozent der Tatverdächtigen ohne deutschen Pass können wir bei der Ursachenforschung das Thema Migration nicht mehr außen vor lassen. Migration ist eine echte Gefahr für unsere Sicherheit geworden. Wir müssen daher die Kontrolle über die Einwanderung nach Deutschland zurückgewinnen, irreguläre Migration stoppen und Migration insgesamt auf ein integrierbares Maß begrenzen.

Und wir müssen unseren Rechtsstaat ertüchtigen. Unser Rechtsstaat muss schützen und strafen. Dafür braucht es eine starke Justiz, eine Entlastung der Gerichte, mehr finanzielle Mittel für Personal und Technik. Stattdessen kürzt die Ampel den Pakt für den Rechtsstaat auf ein Minimum. Da die Täter immer jünger werden, müssen wir schauen, ob das Jugendlichen- und Heranwachsendenstrafrecht noch den heutigen Realitäten entspricht. Die Zeiten von gutem Zureden und Sozialstunden sind vorbei. Strafen müssen wehtun und auf dem Fuß folgen, das hat die Akte des mutmaßlichen Täters von Bad Oeynhausen ganz deutlich gezeigt. Die Aufgaben liegen auf dem Tisch – ob beim Strafrecht, beim Einfordern von Integration oder bei der Migrationspolitik insgesamt. Die Bundesregierung muss endlich ins Handeln kommen und dafür sorgen, dass wir nicht jede Woche die gleiche Debatte führen müssen!

Kiez-Rundgang in Schöneberg zum Thema Integration

Bildquelle: Büro Warken

Integration – oder vielmehr mangelnde Integration – ist gerade in aller Munde. Doch wie sieht es eigentlich wirklich vor Ort aus? Auf Einladung meiner Kollegin Katharina Senge MdA habe ich ihren Berliner Wahlkreis besucht. Bei einem Spaziergang durch den Schöneberger Norden widmeten wir uns dem Thema Integration. Mit einem Ausländeranteil von etwa 30 Prozent ist Integration sicherlich nicht immer einfach und doch essenziell für den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Umso wichtiger ist es, dass es so gute Initiativen wie „Outreach“ gibt. Mit den Streetworkern sprachen wir über ihre Arbeit sowie Probleme und Spannungsfelder der Kinder und Jugendlichen im Kiez. Dabei berichteten sie, dass sich die allgemeine Stimmung auch bei den betreuten Jugendlichen verschlechtert habe und das Leben von großen Unsicherheiten geprägt sei – angefangen bei Geldsorgen über Wohnungsnot bis hin zum Zugang zum Arbeitsmarkt. Einige von ihnen werden leider auch straffällig. Das Projekt bietet Unterstützung in allen Lebenslagen mit niedrigschwelligen Angeboten, die für die Jugendlichen leicht zugänglich sind, denn mit der mobilen Jugendarbeit gehen die Sozialarbeiter zu den Orten, an denen sich Jugendliche auch tatsächlich aufhalten. Vielen Dank für die interessanten Einblicke und für die wertvolle Arbeit für die jungen Menschen und unsere Gesellschaft!

Berlin

Verbesserung des Opferschutzes, insbesondere für Frauen und verletzliche Personen

Bildquelle: Tobias Koch

In der letzten Sitzungswoche haben wir als CDU/CSU-Fraktion einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht, mit dem wir Opfer von Straftaten, insbesondere Frauen, besser schützen wollen. Denn rund ein Viertel der Frauen im Alter von 16 bis 85 Jahren haben mindestens einmal in ihrem Leben Partnerschaftsgewalt erlebt. Die Betroffenen kommen aus allen sozialen Schichten mit unterschiedlichsten Bildungsgraden und kulturellen Hintergründen. Der Staat hat die Verpflichtung, diese verletzliche Personengruppe besonders zu schützen. Doch dieser Aufgabe wird aktuell weder der Staat gerecht, noch sind gesetzgeberische Initiativen der rot-grün-gelben Bundesregierung in Sicht.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf eine zunehmende Verrohung der Gesellschaft und einen Anstieg der Gewaltkriminalität wollen wir bei gefährlicher Körperverletzung, schwerem Raub und bei Mord als neues Qualifikations- beziehungsweise Mordmerkmal „unter Ausnutzung der körperlichen Überlegenheit“ einfügen. Damit könnten künftig Gewalttaten insbesondere zum Nachteil von Kindern, Frauen, Senioren und Menschen mit Behinderungen angemessen bestraft werden. Für Gruppenvergewaltigungen wollen wir den Strafrahmen erhöhen.

In meiner Rede habe ich den Fokus auf das Instrument der elektronischen Fußfessel gelegt. Laut einer Recherche des Weissen Rings wurden allein im Zeitraum von Januar bis Oktober 2023 109 Presseartikel veröffentlicht, in denen über Frauen in ganz Deutschland berichtet wurden, die von den Männern getötet wurden, gegen die sie zuvor ein Kontakt- oder Annäherungsverbot erwirkt hatten. Eine Überwachung der Gefährder durch den Staat fand in der Folge jedoch nicht statt. Der dringende Handlungsbedarf liegt somit auf der Hand. Im Gewaltschutzgesetz wollen wir deshalb die elektronische Aufenthaltsüberwachung als weitere mögliche gerichtliche Maßnahme einfügen. Pilotprojekte wie in Spanien, das mit einer 100-prozentigen Erfolgsquote glänzt, zeigen die Effizienz dieser Maßnahme.

Ungleichbehandlungen bei der Erweiterung der Lkw-Maut verhindern

Bildquelle: CDU-Deutschland

Zum 1. Juli trat die Ausweitung der Mautpflicht auf Fahrzeuge mit einer technisch zulässigen Gesamtmasse von mehr als 3,5 Tonnen in Kraft. Für die betroffenen Unternehmen hat dies eine erhebliche Mehrbelastung zu Folge. Um kleine Unternehmen wie Handwerksbetriebe nicht zu überfordern, gibt es zwar eine Handwerkerausnahme, aber diese Ausnahmeregel greift zu kurz, weil sie nur bestimmte Berufe umfasst. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert deshalb, dass deutlich mehr gewerbliche Tätigkeiten von der Maut befreit werden. Auch der gewerbliche nicht-landwirtschaftliche Gartenbau, der vor- oder nachgelagerte Bereich der Landwirtschaft, das bürgerschaftliche Engagement der Tafeln, Hausmeisterdienste, Energieversorgung, Entsorgung, Messebau und andere vergleichbare Tätigkeiten müssen von der Maut ausgenommen werden.

Die von der Ampel-Koalition beschlossene Einbeziehung des gewerblichen Güterverkehrs ab 3,5 Tonnen in die Lkw-Maut belastet viele unserer heimischen Unternehmen. Gerade in diesen angespannten Zeiten verschärft die Ampel damit die Lage der Wirtschaft noch einmal. Die vielen kleinen und mittelständisch geprägten Betriebe brauchen weniger statt immer mehr Bürokratie und Zusatzkosten.

Ampel lässt Landwirte weiterhin im Stich

Bildquelle: Marcel Ditrich

Die Antwort der Ampel auf die Bauernproteste vom Jahreswechsel kommt spät und ist mehr als enttäuschend. Offensichtlich hat sich die Koalition auf nicht mehr als einen Minimalkonsens aus längst versprochenen Maßnahmen geeinigt. Es ist dreist, diese Vorschläge als Entlastungspaket zu bezeichnen.

Denn entgegen seinen Ankündigungen hat Minister Özdemir nichts Wesentliches für die Bäuerinnen und Bauern – auch in seiner baden-württembergischen Heimat – herausgeholt. Die nach wie vor vollkommen unverständliche Streichung der Agrardieselrückvergütung hat unsere landwirtschaftlichen Betriebe mit fast einer halben Milliarde Euro pro Jahr belastet. Jetzt soll als Ausgleich die Regelung zur so genannten Tarifglättung bei der Einkommensteuer befristet verlängert werden. Das bringt aber gerade mal ein Zehntel der Belastung durch den Agrardiesel zurück. Die Landwirtschaft wartet deshalb nach wie vor auf ein umfassendes Entlastungspaket. Stattdessen drohen neue bürokratische Auflagen im Düngerecht, bei der Tierhaltung und beim Pflanzenschutz.

Die CDU wird deshalb weiterhin Druck machen für eine spürbare Absenkung der Steuerlast für die Landwirte mitsamt besserer finanzieller Vorsorgemöglichkeiten für Krisenzeiten, für eine umfassende Entlastung bei der Bürokratie und für eine vollständige Umsetzung der Erleichterungen, die die EU den Landwirten bei der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeräumt hat. Es geht um die Zukunft von vielen Betrieben auch hier bei uns in Odenwald-Tauber!

Fotogalerie

Bildquelle: Büro Warken

Sommerfest der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bildquelle: Bundesregierung – StadtLandMensch-Fotografie

Besuchergruppe aus dem Neckar-Odenwald-Kreis

Bildquelle: Büro Warken

PKM-Sommerfest

Bildquelle: Büro Warken

Frühschoppen des CDU Ortsverbandes Neckarelz/Diedesheim und der CDU-Stadtratsfraktion Mosbach

Bildquelle: Christa Hofmann

75 Jahre Firmengruppe Hofmann

Bildquelle: Büro Warken

Herzlich willkommen, Melis Sekmen!

Bildquelle: Büro Warken

Gespräch mit dem Auguste-Pattberg-Gymnasium Mosbach

Bildquelle: Büro Warken

Stallwächter-Party

Bildquelle: CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Landesgruppe Baden-Württemberg zu Gast in der Schweizer Botschaft

Telefon: 030 227-78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: **nina-warken.de**

IMPRESSUM
Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).
Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.
Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
Erstellung & Layout: Elke Nuss, Texte: Nina Warken/Team Warken.
Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel S. 1)